

Bericht zu III.25 ("Rückkehr zur Normalität auch in den kommunalen Verwaltungen des RTK")

In einem weiteren Antrag forderte die AfD von der Kreisverwaltung, die Corona-Zwangmaßnahmen auch in ihrem Bereich zu beenden und zur Normalität zurückzukehren. Zum Zeitpunkt der Kreistagssitzung standen wir einen Tag vor dem Ablauf der Coronaschutzverordnungen, und insofern hatte keine der anderen Fraktionen mehr Lust, über das Thema zu diskutieren. Aber Fakt bleibt: Während mehr als sieben langer Wochen galten bspw. in Zulassungsstellen nicht nur Maskenzwang, sondern auch ein Regime von Zugangsbeschränkungen (bis hin zum Einsatz von Sicherheitsdiensten), das die Behördengänge erschwert, das Ziel einer bürgerfreundlichen Verwaltung konterkariert hat.

Selbstverständlich haben wir in den zurückliegenden zwei Jahren auch manches Gute gelernt: der Einsatz digitaler Mittel hat einen Schub bekommen und an vielen Stellen ist dies ein Gewinn und wird beibehalten werden.

Der direkte Kontakt bleibt aber an vielen Stellen auch in Zukunft das Mittel der Wahl, und hier muss die Ungezwungenheit des Umgangs in Zukunft wieder das Miteinander auch dort prägen, wo der Bürger auf die Staatsorgane trifft.

*Lesen Sie hierzu unseren Antrag:
[AfD At Rückkehr zur Normalität](#)*